NW-Gespräch mit Hans Ruh : Perspektiven am Ende der Arbeitsgesellschaft

Autor(en): **Ruh, Hans**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **91 (1997)**

Heft 6

PDF erstellt am: **08.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-144046

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Perspektiven am Ende der Arbeitsgesellschaft

Hans Ruh ist der zur Zeit wohl meistgefragte Sozialethiker der Deutschschweiz, obwohl oder gerade weil er es wagt, in Alternativen zu denken. Er ist überzeugt, dass sich der neoliberale Kapitalismus «zu Tode rationalisiert». Ruh meint freilich, dass es in den nächsten Jahrzehnten kaum gelingen dürfte, die Globalisierung der Märkte durch eine ebenso globale Wirtschaftspolitik demokratisch, sozial und ökologisch zu steuern. Er entwickelt daher ein Widerstandsszenario, wie wir trotz Weltmarkt menschenwürdig und ohne materielles Wachstum wirtschaften und leben könnten. Die Pfeiler dieses alternativen Wirtschaftens sind ein zweiter Markt und ein Grundlohn für alle. Das Gespräch mit Hans Ruh führte der Redaktor der Neuen Wege am 24. April 1997 im Institut für Sozialethik der Universität Zürich. *Red.*

Wir rationalisieren uns zu Tode

NW: *Hans Ruh, Sie leiten das Institut für Sozialethik der Universität Zürich. Was verstehen Sie unter «Sozialethik»?*

Hans Ruh: Unter Ethik verstehe ich das Nachdenken über das gute Leben und das richtige Leben. Die Frage nach dem guten Leben heisst: Wie kann das Leben gelingen? Die Frage nach dem richtigen Leben lautet: Wie können wir verantworten, was wir tun? Sozialethik stellt sich die Frage nach dem Guten für die Gesellschaft, nach den guten Strukturen. Hinzu kommt auch hier die Frage, wie die Menschen in der Gesellschaft richtig leben, wie sie ihre Ansprüche untereinander gerecht abwägen. Kurz, Sozialethik befasst sich mit der Frage nach den *gesellschaftlichen Strukturen* unter dem Aspekt des *Guten* und des *Richtigen*.

NW: *Wenn es nach der Ideologie des totalen und globalen Marktes ginge, müsste Sozialethik eigentlich abdanken. Sie gehen den entgegengesetzten Weg und stellen gerade umgekehrt diese neoliberale Ideologie in Frage. Im Tages-Anzeiger vom 3. Januar 1996 zweifelten Sie am Sinn des internationalen Wettlaufs um Standortvorteile. Sie äusserten die Vermutung, «dass, wenn die ganze Welt gleichzeitig rationalisiert, sich diese zu Tode rationalisiert, weil weder ein Ende noch ein Gewinn der Rationalisierung abzusehen ist». Gibt es denn eine Alternative zu diesem globalen Kapitalismus, und müsste sie nicht auch eine globale Alternative sein?*

Hans Ruh: Ich bin immer noch der Meinung, dass wir uns zu Tode rationalisieren. Am Beispiel des *Ausfischens der Weltmeere* kann man sich das sehr gut vorstellen. Ein Fischer denkt, dass es so nicht weitergehen kann. Wenn er aber aufhört zu fischen, ist er der dumme. Die andern fischen weiter. Aber in zehn Jahren gibt es überhaupt keine Fische mehr. Das betrifft ihn doppelt, während die andern wenigstens noch zehn Jahre Fische fangen. Das Problematische an dem, was wir als globale Wirtschaft inszeniert haben, ist, dass es *keine vernünftige Alternative zur Unvernunft* gibt. Es ist vernünftiger, unvernünftig zu sein, als vernünftig zu sein. Wenn das so ist, sind wir in unauflösbare innere Widersprüche verstrickt. So kann's sicher nicht gut herauskommen.

Nun wäre es in der Tat systemkonform, wenn wir die internationale Gesellschaft oder den internationalen Handel demokratisch, sozial und ökologisch verwalten würden. Das würde Sinn machen und wäre nur logisch.

NW: Auch sozialethisch.

Hans Ruh: Auch sozialethisch. So wie wir früher die *soziale Marktwirtschaft* auf der Ebene des Nationalstaates mit zum Teil gutem Erfolg eingeführt haben, so müssten wir auch auf der *Weltebene* vorgehen. Nur gibt es für die nächsten 30, 40 Jahre leider keine Instanz, die eine soziale Marktwirtschaft auf der Weltebene durchsetzen kann. Ich möchte diejenigen, die auf dieser Ebene weiter suchen, angefangen von Hans Küngs Weltethos über das Bundesamt für Wirtschaft (Bawi), die Uruguay-Runden und Rio, nicht entmutigen. Aber ihre Strategie wird wohl erst in 50 Jahren relevant. Wir müssen daher ein lokales und regionales Gegen- und Kontrastprogramm aufbauen. Wir müssen uns selber helfen gegen die Unvernunft der Weltwirtschaft.

Regionale Industriepolitik durch Erhöhung der Transportpreise

NW: Wer sind «wir»?

Hans Ruh: «Wir», das sind jeweils die an einem Ort oder in einer Region zusammenlebenden Menschen, wobei ich lieber nicht von nationalstaatlichen Grenzen ausgehe, sondern zum Beispiel von Regionen wie Zürich–Stuttgart–München oder Bellinzona–Mailand. Solche Regionen müssen zwar ebenfalls auf eine demokratisch-soziale Verwaltung der Welt hinarbeiten. Aber bis wir soweit sind, müssen wir eine Doppelstrategie versuchen. Wir verlagern mittel- und kurzfristig den Schwerpunkt der Wirtschaft in die grossen Regionen. Die Idee dahinter heisst ein *Europa der Regionen* aufbauen. Hier gilt, dass je materialer die Dinge sind, desto lokaler wir sie verwalten, und je intelligibler sie sind, desto internationaler wir sie verwalten. Das wäre ungefähr das Gegenteil von dem, was wir heute machen: Wir exportieren die Stoffe und sind intellektuell borniert. Wir sind offen in bezug auf die Materie und geschlossen in bezug auf den Geist.

NW: Im erwähnten Tagi-Artikel, aber auch in Ihrem Buch «Anders, aber besser» fordern Sie statt einer weiteren Transnationalisierung der Warenmärkte eine «regionale Industriepolitik» bzw. eine «relative Autarkie von grossen Regionen», wie Sie das eben auch gesagt haben. Wie aber müsste diese Umlenkung der Warenmärkte politisch angegangen werden?

Hans Ruh: Das einfachste wäre die Erhöhung der *Energiepreise* und damit auch der Transportpreise. Damit hätten wir mit einem Schlag 50 Prozent der Probleme gelöst. Nun wissen wir leider, dass eine Volksabstimmung über die Erhöhung des Benzinpreises bei uns im Moment keine Chance hätte. Auch die sog. kleinen Leute würden sagen: «Jetzt nehmen sie uns noch das schöne Auto weg!» Wir müssen schrittweise vorgehen. Ich bin natürlich für eine massive Erhöhung der Energie und Transportpreise.

NW: Was heisst «massiv»?

Hans Ruh: Wir sollten uns bewusst machen, dass eine reine Aufdatierung der *Teuerung* einen Benzinpreis von Fr. 4.60 ausmachen würde. Damit hätten wir nur anständigerweise die Teuerung wettgemacht, aber ökologisch noch gar nichts erreicht. Für mich käme der *ökologische Bonus* noch oben drauf. Das würde heissen, dass der Liter Benzin auf 6 bis 7 Franken zu stehen käme. Freundlicherweise würde ich diese Erhöhung gestaffelt einführen. Das wäre die Lösung. Wir würden nicht mehr die Milch von München nach Athen transportieren und dort zu Joghurt verarbeiten, um es dann den Hamburgern als griechisches Joghurt zu verkaufen. Auch wenn das im Moment politisch nicht durchsetzbar ist, sollten wir schon unsere Zähne zeigen. Unsere Regierung müsste gegenüber der EU in den Verkehrsverhandlungen mit diesen Argumenten fechten. Wir müssten unsere *schweizerische Identität* auf diesem *Weg der Vernunft,* auch unter Betonung der Alpen-Initiative, stärken.

NW: Aber lässt sich diese Erhöhung der Energie- und Transportpreise in einem einzelnen Staat wie der Schweiz einführen? Bekämen wir nicht das ganze Gejammer vom drohenden Standortnachteil zu hören?

Hans Ruh: Wir könnten diesen Alleingang wagen. Während einer Diskussion mit der Geschäftsleitung einer Grossbank habe ich gehört: «Wir konnten leben mit dem Dollar 4.30 und mit dem Dollar 2.12 und schliesslich dem Dollar 1.19. Wir könnten auch einen Benzinpreis von 5 Franken verkraften.» Kurzfristig gäbe es gewiss Übergangsprobleme. Dann aber käme ein eigentlicher *Innovationsschub* mit neuen Technologien. Dann wären wir in 20 Jahren dort, wo die Welt eigentlich sein müsste. Nur wären wir dann alleine dort.

NW: *Und genau das wäre dann unser Standortvorteil.*

Hans Ruh: Das wäre unser Standortvorteil. Dann sind wir plötzlich diejenigen, die bereits unsere Zukunftstechnologie entwickeln, während die andern noch Kohle und Benzin verbrennen. Wir könnten uns das leisten. Das wäre in jeder Hinsicht phantastisch. Es würde Arbeitsplätze schaffen, neue Identitäten hervorbringen, die Begeisterung der jungen technologischen Generation auslösen. Das wäre ein grossartiger Aufbruch. Den könnten wir haben für 5 Franken...

Wir können nur noch geistig wachsen

NW: *Völlig antizyklisch, selbst für Linke, die den Sozialstaat über neues Wirtschaftswachstum finanzieren wollen, fordern Sie eine Wirtschaft «ohne materielles Wachstum». In Ihrem Buch «Anders, aber besser» sprechen Sie von einer «Bionik», die* ***Biologie*** *und Tech****nik*** *miteinander verbinden würde. Wie realistisch ist solches Denken in Kategorien des «Nullwachstums» in einer Zeit, wo das Arbeitsplatzargument mehr zählt als die Ethik, wie gerade jetzt wieder die Auseinandersetzung über die Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr zeigt?*

Hans Ruh: An sich würde die Einführung einer *bionischen Technologie* Arbeitsplätze schaffen. Von daher habe ich immerhin ein Angebot. Längerfristig kann ich mir eine Technik nur vorstellen im Einklang mit den Grundregeln der Natur, in geschlossenen Stoffkreisläufen und mit Verzicht auf Abfall. Eine andere Technik wird es in 100 Jahren nicht mehr geben. Die Frage ist nur, wer's zuerst kapiert. Das ist das eine.

Das andere aber ist: Wir sind am Ende der Arbeitsgesellschaft im traditionellen Sinn. Es gibt nicht mehr die Vollbeschäftigung, nicht mehr die herkömmliche Arbeitsbiographie. Es gibt Teilzeitarbeit, den Wechsel zu neuen Berufen, Erwerbslosigkeit, Frühpensionierung. Von daher müsste man sowieso einmal den Zusammenhang oder Nichtzusammenhang von *Arbeit und Vollbeschäftigung* einerseits und *sozialer Sicherheit* anderseits neu überlegen. Wie sieht das aus in einer künftigen Gesellschaft, in der wir mit – sagen wir einmal – 20 monetarisierten Arbeitsstunden leben? Und wie sieht's aus in einer Gesellschaft, in der ein Mensch in seinen 15 Arbeitsjahren zwei bis drei Menschen, die 120 Jahre alt werden, unterhalten muss? Da hilft weder das Wachstumsmodell noch das gebetsmühlenartige Zurückwünschen der Vollbeschäftigung.

NW: *Warum sprechen sie nur gerade von 15 Arbeitsjahren?*

Hans Ruh: Ich denke hier an einen Ausspruch, den ich in einer grossen deutschen Industriezentrale gehört habe: Wir brauchen nur noch die besten Leute in ihren besten Zeiten!

NW: *Die neoliberale Gegenthese besagt, dass einerseits neue Arbeitsplätze nur durch Wachstum zu schaffen sind und dass dieses Wachstum anderseits nur durch sinkende Löhne zu erreichen ist. Das leuchtende Beispiel sind die USA, Grossbritannien und allenfalls noch Holland. Tatsächlich ist in diesen Staaten die Arbeitslosigkeit etwas gesunken, wenn auch zu Bedingungen, die wir als Sozialabbau bezeichnen würden.*

Hans Ruh: Es gibt viele Gründe für die Behauptung, dass eine globalisierte Wirtschaft die Arbeitslosigkeit nicht überwinden kann: Sie unterliegt einem technologischen Innovationszwang; sie ist auf kurzfristige Gewinne aus; sie ist motiviert im

Blick auf Investitionen durch die Interessen der Macht- und Geldeliten; sie ist fasziniert von der Mittelrationalität unter Ausblendung der Sinnrationalität; sie ist fasziniert vom Tempo und damit von der Ökonomisierung der Zeit; sie ist aus auf Kostensenkung vor allem durch Abbau der menschlichen Arbeitskraft. Eine solche Wirtschaft wird *keine genügenden und sinnvollen Arbeitsplätze* schaffen.

Zum zweiten müsste man diese Statistiken einmal genauer ansehen. In England stimmt die Statistik nicht, wie eben bekannt wurde. Und in den USA zählen bestimmte Kategorien von Arbeitslosen nicht. Die USA haben gemäss ihrer Statistik ungefähr gleich viele Arbeitslose wie wir. Sie haben nochmals so viele, die sie nicht zählen. Hinzu kommen nochmals so viele Proletarier-Unternehmer, die eigene kleine Betriebe, z.B. Würstchenstände, unterhalten und in grosser Armut leben. Die *Niedriglohnpolitik* dieser Staaten ist für uns *nicht akzeptabel*. Auch nicht die doppelte Belastung jener Menschen, die dann zwei solche Niedriglohnjobs haben. Ich will nicht eine Welt, in der wir mit hängender Zunge hinter Minilöhnen her rennen. Das ist doch kein Leben mehr...

NW: *... nur damit die Reichen noch reicher werden...*

Hans Ruh: ... und die *sozialen Probleme* immer grösser. Für die USA ist zum Beispiel Gewalt in den Städten ein nach wie vor ungelöstes Problem. Anders sieht die Situation in Holland aus, weil Holland viele Probleme über den zweiten Arbeitsmarkt, d.h. über staatliche Arbeits- und Ausbildungsprogramme, angeht.

Nur über die Schiene «Wachstum» gibt es keine Lösung dieser Probleme. Wir können nicht mehr materiell wachsen, wir können nur noch geistig wachsen. Ich bin auch für Wachstum, aber für *Wachstum an Lebensqualität,* an Sinn, an Tiefe, an Phantasie. Wir müssten einmal unsere Philosophie des Bruttosozialprodukts in Frage stellen. Wir können es grundsätzlich vergessen, die Natur noch mehr zu plündern, als wir es bislang getan haben. Diese Entwicklung hat in der Steinzeit angefangen und ist jetzt zu ihrem Ende gekommen. Also müssen wir eine andere Dimension des Wachstums erfinden.

Grundlohn für alle

NW: *Mit Ihren sozialethischen Überlegungen zu einer Neuverteilung der Arbeit, verbunden mit einem «Grundlohn» für alle, leisten Sie einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Diskussion über die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut. «Arbeit neu erfinden» heisst Ihre Devise? Was wollen Sie damit sagen?*

Hans Ruh: Ich will auf die *neuralgischen Punkte* in unserer zu Ende gehenden Arbeitsgesellschaft hinsteuern: Erstens haben wir die noch verbleibende monetarisierte Arbeit schlecht verteilt. Zweitens haben wir die unangenehme Arbeit schlecht verteilt. Drittens haben wir aus Kostengründen viele Arbeiten oder Dienstleistungen, die wir eigentlich brauchten, nicht mehr verfügbar. Ich denke an Sicherheit, zum Beispiel in den S-Bahnzügen, an ökologische Dienstleistungen, wie Entsorgung von Altlasten oder Einsatz in der biologischen Landwirtschaft, auch an humane Dienstleistungen, wie Kommunikation mit betagten Menschen, mit Behinderten, mit Schizophrenen, oder an Therapien usw. Viertens haben wir die soziale Sicherheit nicht mehr auf sicher.

Das sind die vier Punkte. Wie gehen wir damit um? Erste Antwort: Wir müssen die *Tätigkeitszeiten neu einteilen,* z.B. in den Kategorien Arbeitszeit, Freizeit, Sozialzeit denken. Hinzu kommen Eigenarbeitszeit und obligatorische Sozialzeit. Wir müssen zweitens die *soziale Sicherung* teilweise abkoppeln von der Erwerbsarbeit. Damit begründe ich einen teilweise arbeitsunabhängigen Grundlohn für alle von 1500 Franken im Monat. Wer mehr will, muss arbeiten. Und wer im Alter mehr will, muss eine private Versicherung abschliessen. Der Mensch bekommt als Menschenrecht diese 1500 Franken. Was darüber geht, muss er entweder erarbeiten oder privat versichern.

NW: Wie liesse sich dieser Grundlohn finanzieren?

Hans Ruh: Über die AHV, die IV, die Stipendien, die Direktzahlungen in der Landwirtschaft, die Subventionen, die Sozialhilfen. Das alles würde in die Grundlohnkasse fliessen.

Als letzter Punkt kommt die Inszenierung eines *zweiten Arbeitsmarktes* hinzu. Ich gehe aus von den Dienstleistungen, die fehlen, und frage: Wo ist die Altlastensanierung, wo ist der Sport mit den alten Menschen, wo ist die biologische Landwirtschaft, wo ist die Prävention? Kommunen oder gemeinnützige Gesellschaften müssten diese Aufgaben übernehmen. Ich propagiere z.B. eine Institution, die *Pro Praeventione* heissen würde. Diese könnte vorbeugend helfen bei Suchtproblemen, bei Alkohol und Drogen, auch zur Eindämmung von Gewalt, insbesondere von Gewalt gegen Frauen. In Zürich würde diese gemeinnützige Gesellschaft gesponsert von den Restaurateuren im Niederdorf, vom Stadtrat und von weiteren verängstigten, aber auch vernünftigen Menschen. Im Prinzip könnten alle mitarbeiten: frühpensionierte Spezialisten, Psychologinnen, Ingenieure, Arbeitslose, Asylsuchende, Frauen und Männer in der freiwilligen Sozialzeit oder in der obligatorischen Dienstzeit. Das wäre der Prototyp eines zweiten Arbeitsmarktes, der auf Projektebene funktionieren würde. Er müsste Dienstleistungen erbringen, die wir unbedingt brauchen. Er müsste aber auch die *Fixkosten der Volkswirtschaft senken,* die Gesundheitskosten, Sicherheitskosten, Umweltkosten, Gewaltkosten.

Lokale Selbsthilfe angesichts des globalen Marktes

NW: Warum soll der Produktivitätsfortschritt nicht einfach durch Verkürzung der Arbeitszeit kompensiert werden? Wenn es stimmt, dass im nächsten Jahrhundert 20 Prozent der erwerbsfähigen Weltbevölkerung genügen, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten, dann würde eben auch ein Arbeitstag pro Woche genügen, ohne dass damit eine Lohneinbusse verbunden sein müsste. Aber alle hätten weiterhin Erwerbsarbeit, aus der sie leben könnten. Wäre das nicht auch eine Alternative?

Hans Ruh: Es wäre eine denkbare Alternative. Aber es ist faktisch keine, weil die finanziellen und ökonomischen Mechanismen nicht mitspielen. *Rationalisierungsgewinne* kann man nur *in geschlossenen Systemen* realisieren. Wäre die Schweiz eine geschlossene Volkswirtschaft, so könnte man die Rationalisierungsgewinne aus erhöhter Produktivität in Form von mehr Freizeit an die Beschäftigten verteilen. Wenn wir aber an einen Weltmarkt angehängt sind, wenn in Bangkok und in den USA gleichzeitig rationalisiert wird, dann zerrinnt dieser Gewinn laufend zur Erhöhung der komparativen Vorteile. Er verschärft die Konkurrenzbedingungen, und wir sind alle wieder gleich weit. Anders verhielte es sich in einem Weltsystem, das eine Instanz hätte, die für die austeilende Gerechtigkeit zuständig wäre. Aber in einem Weltsystem ohne derartige Rahmenbedingungen werden wir keine Gewinne realisieren und vernünftig umsetzen können. Was hier zählt, ist nur: Wie kann ich mein Produkt noch billiger anbieten?

NW: Der Produktivitätsfortschritt wird also nicht mehr an die arbeitenden Menschen weitergegeben, sondern nur noch zur Verbilligung der Produkte eingesetzt.

Hans Ruh: Und für den Kapitalgewinn.

NW: Mit der Folge, dass weltweit eine gigantische Umverteilung von unten nach oben stattfindet und dass diese Globalisierung die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht. Ist Ihr Modell insofern nicht auch das Ergebnis einer gewissen Resignation gegenüber einer unvernünftigen Globalisierung?

Hans Ruh: Nein, ich empfinde mein Modell nicht als Ausdruck von Resignation. Gewiss, ändern kann ich diese ganze globale Wirtschaft auch nicht. Aber wir können im Sinne der Selbsthilfe gewisse *Kontrastprogramme* einführen.

Wenn immer weniger gearbeitet und gleichzeitig immer mehr verdient wird,

muss sich irgendeinmal das Geldsystem völlig abkoppeln vom realen Wirtschaftssystem. Dann gibt es einen Gewinn- oder Finanzteich, in dem sich einige wenige Grosse tummeln, während jenseits der Geldwirtschaft die Dummen noch irgend etwas zu ihrem Überleben tun. Das kann ich nicht ändern. Was ich aber in der Schweiz autonom einführen kann, ist ein *zweiter Arbeitsmarkt*. Wir entscheiden uns dadurch für ökologische Dienstleistungen und menschliche Zuwendungen. Und – hier liegt für mich der Clou – wir bauen eine Gesellschaft auf, die durch ihre menschliche und ökologische Attraktivität längerfristig vielleicht als *neues Weltmodell* gelten kann.

NW: *Der zweite Arbeitsmarkt hätte gegenüber dem ersten auch den Vorzug der sozialethischen Orientierung.*

Hans Ruh: Es wäre der *Markt, den Menschen selber schaffen*. Sie entscheiden sich für ein Projekt, sie sammeln die Leute und die Ressourcen. In diesem zweiten Arbeitsmarkt gibt es auch grosszügige Bildungsangebote, zum Teil über nichtmonetäre Tauschvorgänge nach dem Muster «drei Tage Arbeit, zwei Tage Bildung». Das wäre eine phantastische Möglichkeit für die Menschen, sich ganz neue Kompetenzen zu erwerben und im übrigen sinnvolle Tätigkeiten auszuüben. Der zweite Arbeitsmarkt wäre eine reale Alternative für den Manager, der schon heute halbwegs frustriert aus einem Büro auf die glücklichen Hausmänner schaut.

Den Shareholder value ethisch alphabetisieren

NW: *Hier wird Ihnen regelmässig die Frage nach der Finanzierung dieses zweiten Arbeitsmarktes gestellt. Dazu braucht es ja auch wieder staatliche Steuereinnahmen, und das heisst: die Ressourcen des ersten Arbeitsmarktes.*

Hans Ruh: Ich habe ja nichts gegen den ersten Arbeitsmarkt. Ich will die beiden Arbeitsmärkte vielmehr in eine sinnvolle Beziehung bringen, übrigens auch innerhalb einer Biographie. Die *Normalbiographie der Zukunft* wird sein: Ich arbeite fünf Jahre auf einer Bank, nachher arbeite ich zwei Jahre in der biologischen Landwirtschaft, dann gehe ich ein Jahr nach Indien und meditiere auf einem Stein. Ich komme wieder zurück und mache eine technologische Bude auf. Bestimmte Dinge des zweiten Arbeitsmarktes können auch in den ersten rutschen, zum Beispiel das Turnen im Altersheim. Wenn die jungen Damen und Herren mit den betagten Leuten im Altersheim Kommunikation und Bewegung üben, können diese zur Auffassung kommen, das sei ja viel besser als saufen. Sind sie bereit, für dieses Angebot zu bezahlen, verlagert es sich auf den ersten Arbeitsmarkt.

Ich denke an weitere Beispiele wie das *Projekt «Seitenwechsel»*. Dieses Projekt will angehenden oberen Kadern im Lauf ihrer Ausbildung Erfahrungen in karitativen und sozialen Institutionen vermitteln. Der Bankverein ist hier als eines der ersten Grossunternehmen im Rahmen der internen Weiterbildung eingestiegen. Es gibt auch in der Industrie Tendenzen, sich mit andern Sinninhalten zu befassen. Gute Projekte müssen entwickelt und die nötigen Geldmittel gesucht werden. Ich bin in der Jury der Stadt Zürich für soziale Projekte. Wir haben letztes Jahr 60 Projekte gehabt. Das sind Projekte, die Menschen in dieser Stadt erfunden haben. Sie brauchen zum Teil nur 500 Franken Startkapital, und schon funktioniert eine geniale Sache, zum Beispiel ein Kiosk im Altersheim. Man müsste den Menschen die Möglichkeit lassen, Projekte zu erfinden, und ihnen für den Start den nötigen kleinen Zustupf geben.

NW: *Was sind das für Menschen, die solche Projekte einreichen?*

Hans Ruh: Das sind Menschen, die einerseits bestimmte Leiderfahrungen, anderseits auch eine Hoffnung haben und die miteinander eine Alternative suchen. Es handelt sich dabei nicht nur um Erwerbslose, sondern um Menschen, die durch alle Schichten hindurch *Verantwortung übernehmen* wollen.

Eine Stadt richtet zum Beispiel eine Reparaturzentrale ein. So kann ich über eine Telefonnummer jemanden erreichen, der mit einem Veloanhänger meine drei alten Koffer abholt, um sie für mich zu flicken. Ich denke auch an Bauschutz- oder Altlastensanierungen. Solches liesse sich mit Bankkrediten sponsern, weil es ja langfristig die *Fixkosten der Gesellschaft* und die *Ökologiekosten senkt*. Die Stadt müsste in ihren Liegenschaften auch Wärme verkaufen. 20 Jahre Wärme zu 19 Grad würden einen bestimmten Betrag kosten. Wie aber diese Wärme produziert würde, wäre Sache der Stadt. Alles, was wir im zweiten Arbeitsmarkt erfinden, ist gut, wenn es längerfristig die Kosten senkt und darum finanzierbar ist.

Im übrigen müsste die Shareholder-value-Philosophie ethisch alphabetisiert werden. Was ist denn eigentlich systemkonform? Wenn der Gewinn das einzige Kriterium sein sollte, was wäre dann mit der sozialen Verantwortung? In den Aktionärsversammlungen müsste ein Traktandum lauten: Wieviel schiessen wir in den zweiten Arbeitsmarkt ein? Wir sehen, dass wir Arbeitslose, Umweltkosten, Gewalt produzieren. Oder wir benützen die Infrastruktur der Universität. Wir holen Chemiker, die kosten die Uni 750 000 Franken. Noch vor der Gewinnausschüttung würde gefragt: Was bieten wir als Gegenleistung auf dem zweiten Arbeitsmarkt? Das wäre für mich eine *neue Kultur in der Aktionärslandschaft*. Der Aktionär, der weiss, dass er langfristig die sozialen Kosten bezahlen muss, die er produziert, täte besser daran, diese Kosten durch die Finanzierung präventiver Projekte zu verhindern. Das sollte an Aktionärsversammlungen hinübergebracht werden. Nur müsste jemand hinstehen und diese Ideen auch vertreten. Dieselben, die sagen: Das kann man nicht machen, bestreiten nicht die Vernunft dessen, was ich vertrete. Da antworte ich: Ihr seid Jammerfiguren und keine Macher mehr, weil ihr nicht bereit seid, das Vernünftige zu machen. Das finde ich schade.

NW: Diese Jammerfiguren stehen in einem mörderischen Wettbewerb um Standortvorteile, deren einziges Kriterium wiederum Shareholder value heisst. Zeigt das Beispiel nicht, dass wir dem globalen Kontext nicht entrinnen können?

Hans Ruh: Darum müssen wir uns ein Stück weit davon abkoppeln. Darum richten sich alle meine Bemühungen um den zweiten Arbeitsmarkt oder den Grundlohn auf eine Standortverbesserung durch Senkung der volkswirtschaftlichen Kosten. Wenn ich als Ethiker Vorschläge mache, muss ich zeigen, dass sie *attraktiv* sind. Ich kann den guten Menschen auch nicht nachliefern. Der Mensch, wie er ist, braucht Anreize und das Lustprinzip. Zweitens muss ich Kosten senken. An diesen beiden Punkten orientieren sich alle meine Vorschläge. Der zweite Arbeitsmarkt muss so attraktiv werden, dass ein geknechteter und gequälter Manager sagt: Nein, ich möchte auch wieder mal den aufrechten Gang im zweiten Arbeitsmarkt.

Negative Einkommenssteuer statt Grundlohn?

NW: Sie schlagen die Einführung eines Grundlohnes vor, der allen Menschen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, zukommen soll. Heisst das, dass die Reichen mehr Steuern bezahlen, um einen Teil davon als Grundlohn von 1500 Franken im Monat zurückerstattet zu bekommen? Wäre da die negative Einkommenssteuer – staatliche Sozialtransfers statt Steuerrechnung bei fehlendem oder niedrigem Einkommen – nicht ein logischeres Konzept?

Hans Ruh: Darüber kann man reden. Ich meine, die Akzeptanz des Grundlohnes hängt davon ab, dass ihn alle bekommen, wie das auch bei der AHV der Fall ist. Wenn wir die Negativsteuer so gestalten, dass ein *Anreiz* bleibt, dann bin ich dafür. Es darf nur nicht darauf hinauslaufen, dass ich, je mehr ich arbeite, desto weniger von der Negativsteuer kriege. Wenn ich arbeiten gehe, muss ich einen massiven Vorteil spüren, ein ziemlicher Teil des Lohnes muss zur Negativsteuer dazu kommen. Es gibt

solche Modelle, die nicht linear abzwakken, was aus Arbeitseinkommen verdient wird. Unter dieser Bedingung bin ich auch dafür.

Bei der *Grundsicherung* sollen die Menschen einander helfen, aber darüber hinaus müssen sie noch selber etwas leisten. Wir können nur die Rahmenbedingungen verbessern, dass Menschen in die Lage kommen, sich selber zu helfen. Aber das wäre mit der Negativsteuer je nach Ausgestaltung auch möglich.

NW: Der Grundlohn von 1500 Franken liegt für Sie bewusst unter dem sozialen Existenzminimum. Die einzelnen sollen einen Beitrag leisten, um über diesen Grundlohn hinaus ein Einkommen zu erzielen. Sollen demnach diejenigen Personen, die keine Erwerbsarbeit leisten können, weiterhin von der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden?

Hans Ruh: Ich würde unter denjenigen, die diese Erwerbsarbeit generell oder temporär nicht leisten können, verschiedene Kategorien bilden. Für den Hausmann oder die Hausfrau kämen zum Grundlohn noch massive *Kinderzulagen* hinzu. *Behinderte* erhielten Zusatzleistungen der IV. Für eine Übergangszeit würde ich Zulagen ebenfalls für nicht genügend Versicherte im *Alter* vorsehen, vielleicht sogar eine kleine Zulage für selbstverschuldete Jugendsünden.

Über den zweiten Arbeitsmarkt möchte ich aber auch für Personen, die heute noch von der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden, *neue Erwerbsmöglichkeiten* schaffen. Es ist nicht nur menschlicher, sondern auch billiger und für die psychische Gesundheit zuträglicher, wenn ich Menschen über den zweiten Arbeitsmarkt integriere, als wenn ich sie nur durch Fürsorgeleistungen unterstütze.

NW: Wieso ist diese Form der Integration billiger als das reine Versorgungsprinzip?

Hans Ruh: Weil sie eine *präventive Verhinderung* von später anfallenden psychischen, gesundheitlichen und sozialen Kosten ist. Auch wenn ein Mensch nur langsam vor sich hin arbeitet, vielleicht gar nicht viel produziert, kann er damit doch seine eigene Identität behalten und mit anderen Menschen kommunizieren. Das ist billiger, als wenn ich ihn ausgrenze und ihm 3000 Franken pro Monat gebe, damit er ruhig ist.

Gefahr der Niedriglohnpolitik

NW: Heute nimmt die Zahl der «arbeitenden Armen», der «working poor», zu. Würde diese Entwicklung durch den Grundlohn nicht noch verstärkt, da er die Arbeitgeber von der ethischen Verpflichtung entbinden könnte, existenzsichernde Löhne zu bezahlen? Wirkte sich der Grundlohn nicht als verkappte Lohnsubvention aus?

Hans Ruh: Das ist eine ziemlich unangenehme, jedenfalls eine berechtigte Frage. Sie ist zugleich ein unglaublicher *Vorwurf an die gegenwärtige Lohnpolitik*. Es würde heissen, dass die Arbeitgeber die Löhne jenseits von Ökonomie, nur unter Berücksichtigung des sozialpsychologisch und politisch Durchsetzbaren, festlegen. Ich glaube allerdings nicht, dass die Unternehmen generell dieser Riccardo-Mentalität unterliegen. Riccardo meinte, der Lohn müsse nur die Fortpflanzung des Arbeiters garantieren. Auf der andern Seite haben wir diese Entwicklung bereits. Wenn die Konkurrenz verstärkt wird, werden die Arbeitgeber die Löhne so oder anders – mit oder ohne Grundlohn – senken. Gleichzeitig gibt es in meinem Modell verschiedene Möglichkeiten: Es gibt die 1500 Franken plus den zweiten Arbeitsmarkt. Ich muss aber zugeben, dass die Versuchung für den Unternehmer gross ist, diese 1500 Franken in die Lohnpolitik einzubeziehen.

NW: Der Unternehmer wird sich sagen, er bezahle ja diese 1500 Franken mit seinen Steuern. Indem er den Grundlohn an den Arbeitslohn anrechne, kompensiere er nur seine höheren Steuern.

Hans Ruh: Die Gefahr ist da, aber ich sehe die Gefahr der Niedriglohnpolitik halt auch sonst. Auf der andern Seite könnten viele Arbeitende den Grundlohn für die *eigene*

Flexibilisierung einsetzen. Nehmen wir eine alleinstehende Verkäuferin mit zwei Kindern in der Stadt Zürich. Sie erhält einen Arbeitslohn von 3000 Franken. Würde sie nur noch vier statt fünf Tage arbeiten, so erhielte sie dank Grundlohn immer noch 4000 Franken.

Obligatorischer Sozialdienst

NW: Sie binden den Grundlohn an eine Gegenleistung, die wiederum alle in Form eines obligatorischen Sozialdienstes von drei Jahren erbringen sollen. In einer Zeit der Individualisierung wird man Sie fragen, wie Sie diesen «Eingriff in die persönliche Freiheit» begründen?

Hans Ruh: Wer mich das an Podiumsgesprächen interessanterweise am meisten fragt, ist der Typ Mann, dem ich schon von hinten ansehe, dass er Oberst war. Frage ich ihn dann, wie lange er Militärdienst geleistet habe, sagt er: vier Jahre. Da kann ich ihm antworten: Bei mir müssen sie nur *drei Jahre* Sozialdienst leisten.

Das erste Jahr während der *Jugendzeit* kann man attraktiv gestalten. Da wäre für mich inbegriffen ein internationaler Friedensdienst, ein Einsatz in Bosnien oder in Ruanda. Aber auch ein Einsatz in der Landwirtschaft ist möglich. Dieses eine Jahr in der Jugend halte ich für akzeptanzfähig, gerade auch in einer Zeit der Arbeitslosigkeit.

Ein weiteres Jahr kommt bei den *Pensionierten* hinzu. Dieses Jahr ist die Antwort auf die Veränderung der Demographie und des Arbeitsmarktes. Wir können doch nicht die Leute mit 58 topfit aus dem Arbeitsmarkt entlassen, und dann werden sie noch fitter. Die Frage kommt: Was leisten die topfiten Alten für diese Gesellschaft? Dann ist es durchaus machbar und erwünscht, dass ich bei der Pensionierung ein Büchlein bekomme, in dem steht: «Sie sind jetzt pensioniert und verpflichtet, bis 79 ein Jahr in Projekten zu arbeiten.» Der Ingenieur, der bei Sulzer mit 59 frühpensioniert wurde, hängt vielleicht ein Jahr herum, aber dann will er halt doch noch etwas leisten.

Ein weiteres Jahr konzipiere ich durch das Leben hindurch als Wiederholungssystem. Dieses dient schon der Sozialhygiene und der Volksgesundheit. Das ist ja auch der einzige Vorteil des Militärdienstes, dass man aus dem alltäglichen Tramp für einmal herauskommt und drei Wochen mit andern Menschen zusammen lebt und arbeitet. Per saldo sehe ich einen *Dreiwochenkurs alle drei Jahre* in Umwelt- und Abfallsanierung oder in biologischer Landwirtschaft.

NW: Gilt Militärdienst auch als Sozialdienst?

Hans Ruh: Der Militärdienst, soweit er in Zukunft noch nötig ist, wäre für mich auch Teil des Sozialdienstes, wobei ich von einer freien Wahl ausgehe, solange sich genügend Männer für den Militärdienst melden.

NW: Zurück zu Ihrem Sozialjahr während des Erwerbslebens. Wäre der damit verbundene Ausfall von Erwerbsarbeitszeit nicht mit einer unter Umständen massiven Lohneinbusse verbunden?

Hans Ruh: Dafür haben wir den Grundlohn.

NW: Der Manager wird kaum so begeistert sein. Einerseits wird er sich in seiner beruflichen Aufgabe behindert fühlen, wenn er in den obligatorischen Sozialdienst «einrücken» muss. Anderseits wird er während dieser Zeit auch auf seinen Lohn verzichten müssen.

Hans Ruh: Das ist unter Umständen auch für die Leistungsfähigkeit des Managers gut. Woher kommen Innovation und Kreativität? Sicher nicht davon, dass ich 150 Prozent arbeite. Diese Dimension des Sozialdienstes würde vermutlich per saldo die Produktivität steigern.

NW: Ich höre schon den Einwand, dass Sie die Leute zu ihrem Glück zwingen wollen. Sicher enthält Ihr Modell ein Element des Zwangs, das auch mit Sanktionen gegen Dienstverweigerer und Dienstverweigererinnen verknüpft wäre und damit wohl ein schwieriges Akzeptanzproblem hätte.

Hans Ruh: Was viele Menschen im Unternehmen an Zwang erleben, geht als *Leidenserfahrung* weit über das hinaus, was

sie bei mir im Sozialdienst erleben. Es ist pure Ideologie, wenn gesagt wird: Die Menschen sind frei, in den Unternehmen zu arbeiten, und jetzt müssen die armen Teufel noch einen Sozialdienst durchleiden. Da sage ich: Nein, es gibt einen attraktiven zweiten Arbeitsmarkt und attraktive Bildungsangebote, dieser Sozialdienst ist sinnstiftend.

Zwang sehe ich, wenn sich heute eine Frau ein Leben lang für 3000 Franken die Beine in den Bauch stehen muss, zum Beispiel in einem Geschäft an der Zürcher Bahnhofstrasse, um irgendeinem Ölscheich für 20 000 Franken eine Luxusuhr zu verkaufen. Aber wenn diese Frau einen Grundlohn bekommt, um mit andern Menschen zusammen einmal drei Wochen in einem sinnvollen Projekt für andere Menschen zu arbeiten, dann sagt sie: Der Zwang fängt für mich an, wenn ich wieder in meinem Betrieb bin. Der Sozialdienst ist höchstens für denjenigen ein Zwang, der nur kommandieren kann.

NW: Einen obligatorischen Sozialdienst gibt es nur über Projekte des zweiten Arbeitsmarktes. Kann aber dieser Markt Arbeit für alle während drei Lebensjahren pro Person anbieten? Die Frage drängt sich auf, wenn wir sehen, wer heute schon auf diesen zweiten Arbeitsmarkt drängt – Zivildienstleistende, Langzeitarbeitslose, Behinderte, Strafgefangene usw. –, und wie das Angebot immer knapper wird.

Hans Ruh: Wir haben im Moment die Projekte nicht. Aber nehmen wir zum Beispiel die *biologische Landwirtschaft*. Diese mit zwei Prozent der Bevölkerung aufbauen zu wollen, ist Nonsens. Wir werden in einer nachhaltigen Landwirtschaft 20 Prozent der Menschen brauchen. Erstens wegen der Energie, die Holland bereits zu 15 Prozent in die Landwirtschaft verpulvert. Zweitens machen die schweren Maschinen den Boden kaputt. Und drittens zerstört das Gift die Natur. Und viertens kommen die Abfälle hinzu. Wir brauchen ungeheuer viele Menschenhände. Auch der Umgang mit Menschen, mit behinderten Menschen, mit Schizophrenen braucht mehr Zeit als heute. Es gibt vorläufig eine Strategie, die heisst: Pillen. Ich sage: Nein, wir brauchen *Menschen,* menschliche Zuwendung, *nicht Pillen.*

Wenn wir eine Gesellschaft wollen, die *nachhaltig und mitmenschlich* organisiert ist und Gewalt minimiert, und wenn wir dabei innovativ vorgehen, dann finden wir genug sinnvolle Projekte, dann brauchen wir auch viele Menschen. Sollten wir weniger Zeit brauchen, könnten wir die Zeit für den Sozialdienst senken. Aber dann brauchten wir vielleicht wieder Zeit, um den Menschen zu zeigen, wie sie ihre neu gewonnene Zeit sinnvoll verwenden könnten.

Dieser Staat hat mich angestellt zum Nachdenken

NW: Als «streitbaren Professor» hat Sie jüngst die NZZ bezeichnet (28.2.97). Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, dass Sie einer der letzten Systemkritiker in diesem Lande sind.

Hans Ruh: Ich nehme mir die Freiheit heraus, von meinen ethischen Grundsätzen her die Dinge etwas anders zu sehen. Dieser Staat hat mich angestellt zum Nachdenken. Ich bin mit der Reaktion eigentlich ganz zufrieden. Ich spüre, dass sehr viele Menschen anfangen, in dieser Richtung zu denken. Im übrigen habe ich immer nur nach vernünftigen, nicht tumultuarischen Alternativen gesucht. Ich empfinde mich nicht als Systemkritiker, sondern als einen, der mit vernünftigen Argumenten nach einem höheren Grad von *Aufgeklärtheit* sucht.

NW: Nur ist genau diese Aufgeklärtheit in unserer Zeit systemwidrig.

Hans Ruh: Vermutlich schon, aber das ist dann das Problem der andern.

NW: Noch in den 70er Jahren waren Sie eher der politischen Mitte zuzuordnen. Heute habe ich einen andern Eindruck. Darum die Frage: Hat Hans Ruh sich verändert, oder hat sich die Gesellschaft verändert?

Hans Ruh: Ich würde sagen: die Gesellschaft.

Zu Peter A. Schmid, Sozialistisches Ethos, und Hans Ruh, Perspektiven am Ende der Arbeitsgesellschaft (NW 6/97)

Dieser Staat hat mich nicht angestellt zum Nachdenken. Wenn ich es trotzdem versuche, geschieht es aus einer inneren Notwendigkeit. Auch mich beschäftigt seit Jahren, wie sich das Zusammenleben der Menschen weiter entwikkeln wird, wie die *materielle Existenz für alle* einigermassen gewährleistet werden könnte, unter welchen Voraussetzungen *Glück für möglichst viele* zu erreichen sei. Deswegen habe ich mich in die beiden Artikel vertieft.

Aber ich habe Mühe mit der Sprache, in denen sie verfasst sind. Und Sprache ist Ausdruck für Inhalt, für Denkablauf, für Gefühl und für die Art, wie man sich andern, andersartigen Menschen zuwendet. Der Wissenschaftler, der Philosoph muss so sprechen wie die «Leute», er hat dem *«Volk auf den Mund zu schauen»*. Wortwahl und Satzbau sind zu überprüfen bei der Formulierung von Ideen. «Seine Rede sei JA, JA – NEIN, NEIN...» Postulate, die im nächsten Satz relativiert werden, sind untauglich.

Nicht oft genug kann wiederholt werden, was Peter A. Schmid sagt: Der *Sozialismus* wird ein *immerwährendes Projekt* bleiben, ein Kampf, der nie endgültig gewonnen, nie hoffnungslos verloren wird. Aber wie einen so schwierigen Gedanken z.B. jungen, praktischen Frauen, die morgen die Welt erobern möchten, erklären? Was hilft mir das Wort «Sinnhorizont» dabei?

An anderer Stelle ist von *«Arbeitsumverteilung»* die Rede und von «Umverteilung des Reichtums». Wenn es jemanden trifft, wenn die Bude Pleite geht und 20 Menschen die Stelle verlieren und 20 Junge nicht mehr auf eine dieser Stellen hoffen können, dann bietet die «globale Optik» wenig Hilfe und gar keine Hoffnung.

Ich bin überzeugt davon, dass Theoretiker, Denker in die Zukunft, not-wendig sind. Ich bin froh über Peter A. Schmids Nachdenken und danke dafür. Es ist jedoch nicht zu vergessen, dass es harte Arbeit ist, Gedanken zu erklären und verständlich zu machen. Das auch ist ein dauerndes Projekt. Auch im Sinne von Gorz: «Encore un effort!»

Wenn im Gespräch mit Hans Ruh die Vorstellungen recht konkret sind für Menschen, die sich noch nie mit dem Gedanken von einer andern Existenzsicherung als über den Arbeitslohn befasst haben, so sind sie dennoch schwierig zu verstehen, unmöglich sich auszumalen. Wenn es heisst: «Die Shareholdervalue-Philosophie müsste ethisch alphabetisiert werden», was sollen dann diese Menschen davon halten, was sich darunter vorstellen, wie sich dadurch in Bewegung setzen lassen? Die *Möglichkeitsform* ist immer eine beeindruckende, eine Angst einflössende Sprachform. Vor den Wörtern «sollte», «müsste» schrecke ich unwillkürlich zurück.

Wie schön wenn die beiden klugen Männer durch verständliche Formulierung, durch einfache, prägnante Sprache viele Menschen aufhorchen, mitdenken lassen bei Problemen wie «garantiertem Mindesteinkommen» oder «obligatorischem Sozialdienst» oder «Aus- und Weiterbildungsangebot». Dazu wünsche ich ihnen Ausdauer, Hartnäckigkeit und den Zugang zu *jeder Schicht* in unserer Gesellschaft.

Astrid Erzinger

Hans Ruh misstraut dem Menschen und entlastet den Kapitalismus

Erstaunt bin ich nach der Lektüre des Interviews über die einführenden Worte der Redaktion, u.a. dass Ruh ein Widerstandsszenario entwickle und aussage, wie wir menschenwürdig leben könnten. Ich sehe *kein wirkliches Widerstandsszenario* und kann in den konkreten Aussagen von Ruh nichts Grundsätzliches erkennen, wodurch das Leben nach Umsetzung seiner Vorschläge in die Realität menschenwürdiger würde.

Vielmehr sieht Ruh den Menschen als fragmentiert, naiv und in seinem Erleben gespalten, einzig erpicht auf Anreize und Lust, der mit einfachen Rezepten beherrscht werden muss. Ruh präsentiert uns dadurch eine *verzerrte Wirklichkeit des Menschen* – nur schon durch die Ignorierung des menschlichen Altruismus –, die er laufend mit knalligen und bagatellisierenden Beispielen karikiert. Die Konsequenz besteht darin, dass Ruh vorschreibt, was der Mensch zu seinem Besten tun muss, und dass dieser, wenn er gezwungenermassen «sinnstiftend» gearbeitet habe, glücklich werde – *«bei mir* im Sozialdienst», als «reale Alternative für den Manager, der schon heute halbwegs frustriert aus dem Büro auf die glücklichen Hausmänner schaut».

Sozialethiker Ruh will Regeln und Ordnungen aufgestellt wissen, die ein «richtiges und gutes Leben» garantieren sollen: Er misstraut dem Menschen. Dieses Misstrauen zeigt sich auch in seinen Bedingungen für den Grundlohn: Unbedingt *unter dem Existenzminimum* muss er sein, um ja nicht zu genügen. Dies misstrauisch gegenüber den Bezügerinnen und Bezügern, die sonst

nicht mehr arbeiten würden. Auch seine Einstellung zum «Selbstverschulden» bzw. zu «selbstverschuldeten Jugendsünden» zeugt von einer einschränkenden moralischen Wertung.

Ruh entlastet den kapitalistisch deregulierten *«ersten Arbeitsmarkt»* durch seinen «zweiten» Markt. Er lässt die Grundbedingungen des Kapitalismus – die Geldvermehrung und -erhaltung um des Geldes Willen – unangetastet, schützt diese sogar durch *Kostensenkung* via seinen «zweiten» Markt (Kostensenkung im Kontext, dass am Prinzip der Kapitalisierung von Boden, Menschen und Produktionsmitteln festgehalten wird): «Alles, was wir im zweiten Arbeitsmarkt erfinden, ist gut, wenn es längerfristig die Kosten senkt und darum finanzierbar ist.»

Verführerisch ist Hans Ruh dort, wo er auf die Bedrohungen, die wir Menschen erleben, eingeht – allerdings nur in Bereichen, die kein grundsätzliches Abweichen vom kapitalistischen System nötig machen: «Während einer Diskussion mit der Geschäftsleitung einer Grossbank habe ich gehört: ... wir könnten auch einen Benzinpreis von 5 Franken verkraften.» Ruh will nicht sehen, dass die Erhöhung des Benzinpreises einer regressiven Steuer entspricht – wie die Mehrwertsteuer – und den Geldschwachen daran hindert, am sog. freien Markt mitzuhandeln.

Ruh klassifiziert seine Sozialethik selber: «Wenn ich als Ethiker Vorschläge mache, muss ich zeigen, dass sie *attraktiv* sind (für wen?). Ich kann den guten Menschen auch nicht *nachliefern*. Der Mensch, *wie er ist,* braucht *Anreize* und das *Lustprinzip*. Zweitens *muss ich Kosten senken*. An diesen beiden Punkten orientieren sich alle meine Vorschläge.» *Urs Vogel*

Hinweis auf ein Buch

Hildegard Goss-Mayr: *Wie Feinde Freunde werden*. Mein Leben mit Jean Goss für Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit und Versöhnung. Verlag Herder, Freiburg, Basel, Wien 1996. 254 Seiten, Fr. 28.–.

Manche Leserinnen und Leser erinnern sich an Hildegard Goss-Mayr, die *Friedensfrau aus Wien*. In St. Gallen hat sie zwei- oder dreimal über Gewaltfreiheit und Versöhnungsarbeit gesprochen, und an einer Wartensee-Tagung hat sie über die beklemmenden und befreienden Ereignisse auf den Philippinen berichtet. Ihr Gatte, Jean Goss, hat uns in St. Fiden seinen Kampf für aktive Gewaltfreiheit miterleben lassen.

Nun legt Hildegard Goss-Mayr ein Herder-Taschenbuch über ihr Leben mit Jean Goss für Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit und Versöhnung vor. Hildegard und Jean sind die Botschafterin und der Botschafter eines Befreiungsweges, der die Spirale von Gewalt und Hass durchbricht. Jean Goss ist 1991 gestorben. So wurde der spannende Bericht über den gemeinsamen Weg zum Dank an Jean. Wie ein roter Faden zieht sich das Bekenntnis zu einer *im Evangelium wurzelnden Gewaltfreiheit* durch die beschriebenen Ereignisse.

Hildegard und Jean waren ein Paar von höchst unterschiedlicher Herkunft. Die Frau entstammt einer katholisch-pazifistischen Familie in Wien. Der Mann war französischer Eisenbahn-Gewerkschafter. Als *Soldat* hat er im Krieg gegen Deutschland gekämpft – gegen Deutsche, gegen «Feinde». Er weiss nicht, wie viele Menschen er umgebracht hat. Töten war Befehl, und er hat dafür Auszeichnungen erhalten. «Während ich nach aussen hin als geachteter Kriegsheld handelte, war ich innerlich ein immer stärker zerbrochener und verzweifelter Mensch.» In deutscher Kriegsgefangenschaft erlebte Jean eine tiefe Wandlung durch die Kraft des Evangeliums. Er sagte aller Gewalt ab und wandte sich in Liebe den Menschen zu. So schloss er sich dem *Internationalen Versöhnungsbund IFOR* an, der ältesten ökumenischen Friedensorganisation mit Zweigen in vielen Ländern der Welt. Dort begegneten sich Hildegard und Jean. Sie heirateten und liessen sich vom IFOR nach Lateinamerika rufen.

Die beiden haben wesentlich mitgeholfen, das gewaltfreie, etliche Länder umfassende Netzwerk *«Servicio Paz y Justicia» (SERPAJ),* eine gewaltfreie Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit, aufzubauen. Hier arbeiteten sie mit Basisgemeinden und mit aufgeschlossenen Vertretern der Kirche, unter ihnen Dom Hélder Câmara, zusammen. Das SERPAJ und dessen Koordinator Adolfo Perez Esquivel wurden 1980 mit dem *Friedensnobelpreis* geehrt.

Im bewegten Leben von Hildegard bildeten die *Philippinen* eine weitere wichtige Station. Mit «People's Power», dem Zusammenschluss von gewaltfreien Gruppen, konnte sie den Sturz der Marcos-Diktatur vorbereiten helfen. Das befürchtete Blutbad blieb aus.

Hildegard und Jean gelangten in ihrem Wirken zur Wiederentdeckung der Botschaft Jesu als Quelle der Inspiration für soziales und politisches Handeln. In der Schilderung der verschiedensten Einsätze für Frieden und Gerechtigkeit klingt die Dankbarkeit an, dass sie *Reich-Gottes-Arbeit* leisten durften. Die Leserinnen und Leser erleben diese als ein Geschenk inmitten bewegter Weltgeschichte. *Fridolin Trüb*